



Berlin, 8. Oktober 2009

GdP besorgt über zunehmende Internetkriminalität Polizei muss Cyber-Gangstern auf den Fersen bleiben können

Berlin. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur wirksameren Bekämpfung der Internetkriminalität fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Internet-Kriminelle. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Cyber-Gangster müssen keine Ländergrenzen überwinden, um mit Hilfe des weltweiten Computer-Netzwerks ihre Verbrechen zu begehen. Die Polizeien müssen international daher an einem Strang ziehen können. Die Globalisierung der Internet-Kriminalität erfordert zwingend eine enge Zusammenarbeit der Polizei auf europäischer und internationaler Ebene. Ohne grenzübergreifende Ermittlungen und identische Rechtsnormen werden die Ermittler den Tätern im Netz nicht auf den Fersen bleiben können.“

Ohne massive Investitionen in Personal, Technik und Schulung, so Freiberg weiter, werde sich die Netz-Kriminalität ungebremst ausweiten. Das Internet sei zwar ein virtueller Tatort, doch erlitten Opfer tatsächlichen Schaden. Über betrügerischen Datenklau, Rechnersabotage, Angriffe auf Computer, Server und Netzwerke bis hin zur Verbreitung von Kinderpornographie, extremistischer Propaganda und zur Vorbereitung terroristischer Anschläge reiche das Spektrum der Kriminellen, die zudem stets auf neueste Techniken zurückgriffen. Die Politik dürfe dies nicht ignorieren.

Es sei daher höchste Zeit, so Freiberg, die polizeiliche Präsenz im Netz hoch zu fahren. Ein hohes Entdeckungsrisiko würde potenzielle Straftäter stark verunsichern. Dazu gehörten auch anlassunabhängige Recherchen.

Als effiziente Schnittstelle einer verbesserten Bekämpfung der Internet-Kriminalität schlägt die GdP die Schaffung von Schwerpunktdienststellen vor, in denen polizeiliche IT-Experten auch laufende Ermittlungstätigkeiten unterstützen. Dabei könnten bereits vorhandene Dienststellen weiter ausgebaut werden. Freiberg plädiert zudem für die Schaffung eines bundeseinheitlichen Lagebildes „Internet-Kriminalität“, in das auch Erkenntnisse der Dunkelfeldforschung einfließen sollen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190